

„Schwedische“ Reformkoalition in Belgien

ERSTE REGIERUNG OHNE SOZIALISTEN SEIT 26 JAHREN – LIBERALER CHARLES MICHEL WIRD PREMIERMINISTER

Rund viereinhalb Monate nach den Parlamentswahlen vom 25. Mai haben sich die flämischen Christdemokraten (CD&V), Regionalisten (N-VA) und Liberalen (OpenVld) mit den frankophonen Liberalen (MR) auf eine gemeinsame Regierung geeinigt. Premierminister wird der 38-jährige Charles Michel (MR). Für belgische Verhältnisse verliefen die Verhandlungen damit vergleichsweise schnell. In vielerlei Hinsicht ist diese neue Regierung ein Paukenschlag: Erstmals seit 26 Jahren hat Belgien eine föderale Regierung ohne Beteiligung der Sozialisten. Erstmals regiert die regionalistische N-VA, die auf lange Sicht für ein unabhängiges Flandern eintritt, auf föderaler Ebene mit. Erstmals seit 1938 wird ein frankophoner Liberaler Premierminister. Erstmals umfasst die Regierung drei flämische Parteien, aber nur eine frankophone Kraft.

Das Regierungsprogramm sieht umfassende Reformen im Bereich der Rente, des Arbeitsmarkts und des Gesundheitssektors vor. Bis 2018 soll Belgien einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren. Der Sparbedarf: 17 Milliarden Euro. Gleichzeitig will die Regierung den Mittelstand entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes stärken. Insbesondere der Mittelstand verbindet mit der Regierung Michel die Hoffnung auf die Durchführung überfälliger Reformen, die mit den wallonischen Sozialisten nicht möglich waren. Gleichwohl steht die Stabilität der neuen Regierung aus mehreren Gründen vor nicht unerheblichen Herausforderungen.

Hintergrund

Die Parlamentswahlen vom 25. Mai hatten ein doppeldeutiges Ergebnis: Die flämischen Regionalisten der N-VA erzielten mit rund 32% die meisten Stimmen in Flandern und waren damit erneut Wahlgewinner im Land. Doch auch die damaligen sechs Regierungsparteien bestehend aus Sozialisten (PS, sp.a), Liberalen (MR, OpenVld) und Christdemokraten (CD&V, CDH) beider Sprachfamilien, erhielten genügend Stimmen für die Fortführung ihrer Regierung auf föderaler Ebene. Viele Beobachter gingen davon aus, dass nun sowohl auf regionaler (in Flandern, Brüssel, Wallonie) und föderaler Ebene parallele Koalitionen aus Sozialisten, Christdemokraten und Liberalen (so genannte „tripartite“) geformt würden. Grund: Die Umsetzung der unter der Vorgängerregierung Di Rupo beschlossenen sechsten Staatsreform, die umfassende Kompetenztransfers an die Regionen vorsieht, bedarf einer engen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Regierungsebenen. Mit parallelen Mehrheiten auf regionaler und föderaler Ebene könnten gegenseitige Blockaden vermieden werden. Zudem hatten die großen frankophonen Parteien vor den Wahlen eine Zusammenarbeit mit der N-VA ausgeschlossen, selbst der MR war unter starken öffentlichen Druck etwas widerwillig auf diese Linie eingeschwenkt. Mithin wurde die Fortführung der bisherigen Koalition als wahrscheinlichste Variante angesehen.

Dieses Modell war rasch Makulatur: In der Wallonie schmiedeten die Sozialisten (PS) mit dem CDH ein Mitte-Links-Bündnis – un-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

Oktober 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

ter Ausschluss des liberalen Frankophonen (MR). Damit war die Grundlage für eine „tripartite“ auf allen Ebenen entfallen: In Flandern bildete sich ein Mitte-Rechts-Bündnis von CD&V und der regionalistischen, liberal-konservativen N-VA. Die CD&V weigerte sich zudem, ohne die N-VA in eine föderale Regierung zu gehen. Zu belastend waren die Erfahrungen mit einer N-VA, die aus der Provinz die Bundesregierung attackiert. Ziel der CD&V: eine Koalition mit MR, CDH und N-VA. In einem solchen Bündnis hätte die CD&V eine zentrale Rolle eingenommen und gemeinsam mit dem CDH der kommenden Legislaturperiode eine starke christdemokratische Prägung geben können. Dieses Vorhaben scheiterte allerdings rasch an der Weigerung der CDH mit der N-VA an einem Tisch zu verhandeln – noch bevor konkrete Vorschläge auf dem Tisch lagen. Die folgenden Bemühungen der CD&V, ihre wallonische Schwesterpartei zur Teilnahme an den Verhandlungen zu bewegen, blieben erfolglos. Nun waren N-VA, CD&V und MR auf die flämischen Liberalen der OpenVld angewiesen. Vor Verhandlungsbeginn mussten N-VA und CD&V die OpenVld in die flämische Regierung aufnehmen – eine *conditio sine qua non* der liberalen Parteivorsitzenden Gwendoline Rutten für die Beteiligung auf nationaler Ebene. Entgegen den Erwartungen vieler Beobachter entschloss sich der MR, wohl auch auf Fürsprache der liberalen flämischen Schwester OpenVLD, als einzige frankophone Partei in Verhandlungen mit den drei flämischen Parteien einzusteigen. Die drei flämischen Parteien vertreten rund zwei Drittel der niederländischsprachigen Wähler, wohingegen der MR nicht einmal 30% der Frankophonen repräsentiert. Die Presse betitelte das sich abzeichnende Bündnis daher anfangs als „Kamikaze“-Koalition. Die Verhandlungen unter Führung des Parteivorsitzenden des MR, Charles Michel, und des vormaligen flämischen Ministerpräsidenten Kris Peeters (CD&V) liefen allerdings verhältnismäßig zügig. Folgerichtig erhielt die sich anbahnende Koalition einen positiveren Namen: „La Suédoise“, „die Schwedische“: Dies ist ein Verweis auf die Parteifarben von N-VA (gelb), den Liberalen (blau) und das Kreuz als Synonym für die flämischen Christdemokraten.

Während der Verhandlungen waren zwei kritische Situationen zu überstehen:

1. Die CD&V beschloss, ihre Europawahl-Spitzenkandidatin und vormalige Parteivorsitzende Marianne Thyssen als belgische Kommissarskandidatin ins Rennen zu schicken – und durchkreuzte damit die Pläne des vormaligen Außenministers Didier Reynders (MR), der sich bereits als EU-Kommissar wähnte. Die CD&V erhob die Bestätigung von der innerparteilich sehr beliebten Marianne Thyssens zur Schicksalsfrage und erhielt letztlich den Zuschlag. Damit verzichtete die CD&V gleichzeitig auf das Amt des belgischen Premierministers, für das lange der flämische Christdemokrat Kris Peeters als Favorit galt: Im Vorfeld hatte insbesondere der MR ausgeschlossen, beide Posten der CD&V zu überlassen.

2. Inhaltlich gab es kurz vor Abschluss der Verhandlungen erhebliche Spannungen zwischen CD&V und Open Vld. Die Streitpunkte: Entschädigung von Anteilseignern der christlich orientierten genossenschaftlichen Holdinggesellschaft Arco, Fortführung der automatisierten an den Lebenshaltungsindex angepassten Lohnerhöhungsmechanismus (sog. Indexierung), stärkere Besteuerung großer Vermögen. Insgesamt versuchte die CD&V als zu radikal empfundene Reformvorschläge der Liberalen zu mäßigen. Die N-VA hielt sich hingegen während der Verhandlungen zurück. Die Partei hatte ihre wichtigsten Ziele schon vorher erreicht: das Amt des flämischen Ministerpräsidenten und eine Regierungskoalition ohne Beteiligung der ihnen verhassten wallonischen Sozialisten. Nach einer 28-stündigen Marathonsitzung vom 6. zum 7. Oktober wurden dann letzte Streitpunkte bezüglich des Haushalts, der Rente und der Lohnpolitik beigelegt. Am Samstag, 11. Oktober wurde die Regierung beim König vereidigt.

Personal

Regierungschef wird der Parteivorsitzende des MR, Charles Michel (38, Foto), Sohn des ehemaligen Außenministers, EU-Kommissars und Europaabgeordneten Louis Michel. Immer wieder hatten die Medien die in Flandern äußerst beliebte Maggie De

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

Oktober 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

Block mit dem Amt in Verbindung gebracht. Allerdings wehrte sich insbesondere die CD&V dagegen, dass die mit 14 Sitzen kleinste Regierungspartei den Premierminister stellt. Die größte Partei der Regierung (33 von 85 Abgeordneten) N-VA war jedoch an dem Posten nicht interessiert.

Die Regierung umfasst 14 Minister und 4 Staatssekretäre. Die Minister sind paritätisch zwischen Frankophonen und Niederländischsprachigen aufgeteilt: der MR erhält mithin neben dem Premierminister sechs (!) weitere Posten. So bleibt Didier Reynnders, innerparteilicher Konkurrent Charles Michel's, Außenminister und ist gleichzeitig einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten. Die weiteren Vize-Premiers sind Jan Jambon (N-VA), Kris Peeters (CD&V) und Alexander De Croo (Open Vld).

Der CD&V erreichte bei der Verteilung der Ressorts ein passables Ergebnis. Peeters (Bild) wird ein „Superministerium“ von Beschäftigung, Wirtschaft und Verbraucherschutz führen. Das von der CD&V erstrebte Finanzministerium ging an die N-VA. Der bisherige über Parteigrenzen respektierte christdemokratische Finanzminister Koen Geens erhält das prestigeträchtige, aber schwierige Justiz-Portfolio. Der bisherige Verteidigungsminister De Crem wird Staatssekretär für den Außenhandel. Die N-VA erhält mit Inneres, Finanzen und Verteidigung drei Schlüsselressorts.

Inhalt

Die inhaltlichen Leitlinien des Regierungsprogramms sind: Haushaltskonsolidierung, Durchführung von Sozial- und Wirtschaftsreformen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Auf der einen Seite tritt die Koalition mit dem Versprechen an, die im europäischen Vergleich hohe Steuerlast und die Lohnstückkosten zu reduzieren. Auf der anderen Seite muss sie bis 2018 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Dies will sie in erster Linie (zu rund 75%) mit Ausgabenkürzungen erreichen. Bezüglich der Sozial- und Wirtschaftspolitik kündigt das Regierungsprogramm u. A. die folgenden Maßnahmen an:

- Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 66 (bis 2025) bzw. auf 67 Jahre (bis 2030)
- Reduzierung der Anreize zur Frühverrentung, Stärkung der Anreize für private Rentenvorsorge, verstärkte Möglichkeiten der anhaltenden Berufstätigkeit über das Renteneintrittsalter hinaus
- Die auch von der Europäischen Kommission kritisierte Indexierung wird nicht abgeschafft, aber in 2015 ausgesetzt. Allein diese Maßnahme könnte die Unternehmen um 2,6 Milliarden entlasten
- Einfrieren der Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst für 2015/16
- Keine zeitliche Begrenzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (CD&V hatte sich dagegen gesperrt), gleichwohl sollen Langzeitarbeitslose zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden können
- 3,2 Milliarden zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Anhebung der niedrigsten Renten, Senkung des Arbeitgeberanteils an den Lohnkosten von 33% auf 25%
- Keine neue Steuer auf hohe Vermögen („Reichensteuer“), aber Veränderungen im Steuersystem, die sehr hohe Vermögen etwas stärker belasten
- Höhere Belastungen auf Tabak, Diesel; Harmonisierung der Mehrwertsteuer, Anhebung der Börsensteuer
- Der Anstieg der Ausgaben für den Gesundheitssektor wird auf 1,5% jährlich begrenzt

Die Regierung wird mithin einen strikten Sparkurs fahren und um zwischenzeitliche Abgabenerhöhungen nicht umhin kommen. In den kommenden fünf Jahren will sie 17 Milliarden Euro einsparen, um 2018 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Neben diesen sozioökonomischen Maßnahmen stehen auch wichtige Reformen in anderen Politikbereichen an: etwa im Justizwesen (u. A. Reform der Beratungshilfe und des Strafrechts), Energie (Notfallplan im Fall eines Blackouts; Verlängerung der Laufzeiten zweier Reaktoren des Atomkraftwerks Doel für weitere 10 Jahre), Mobilität (der umstrittene Plan Wathelet zur Änderung der Überflugrouten des Flughafens Brüssel wird nicht umgesetzt). Hinzu kommt: in dieser Legislaturperiode erfolgt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

Oktober 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

die noch unter der letzten Regierung vereinbarte Übertragung von Kompetenzen in zahlreichen Politikbereichen von der föderalen Ebene hin zu Regionen und Gemeinschaften. Eine darüber hinaus gehende Staatsreform wird es in dieser Legislaturperiode nicht geben. Dies war eine Grundvoraussetzung für MR, CD&V und OpenVld, um überhaupt Verhandlungen mit der N-VA zu beginnen.

Die Reaktionen von Unternehmerverbänden und insbesondere der flämischen Medienöffentlichkeit auf das Regierungsprogramm sind positiv. Viele der Maßnahmen wurden von Unternehmern und Mittelstand geradezu ersehnt. Die traditionell extrem reformaversen belgischen Gewerkschaften sprachen hingegen von einem „Horrorpaket“. Bemerkenswert: Auch die dem CD&V nahe stehende christliche Gewerkschaft ACW lehnt das Regierungsprogramm ab. Insbesondere Politiker der CD&V haben daher bereits angekündigt, in den kommenden Monaten verstärkt den Dialog zu suchen und den Gesprächsfaden zu den Gewerkschaften nicht abreißen zu lassen.

Lage der christdemokratischen Parteien

Die CD&V befindet sich in einer komplexen Lage: Zum einen ist sie Teil einer in Flandern (noch) beliebten Reformregierung, die verkrustete Strukturen aufbrechen und das Land wettbewerbsfähiger machen kann. Das Bündnis mit der N-VA auf regionaler und föderaler Ebene hat den Rückhalt der allermeisten CD&V-Anhänger. Zum anderen wird sich die Partei nun in einer ungewohnten Rolle wiederfinden: Bislang war sie – gerade in wirtschaftlichen Fragen – die Kraft des Ausgleichs zwischen Linken und Liberalen, nun steht sie bei Fragen der Tragweite und Radikalität bestimmter Reformen oft alleine einer breiten Front von Liberalen und der wirtschaftsliberalen N-VA gegenüber. Um genau diese Situation zu vermeiden, hatte sich die CD&V intensiv aber letztlich erfolglos darum bemüht, den CDH zur Regierungsteilnahme zu bewegen. Die CD&V ist zwar durchaus wirtschaftsfreundlich, hat aber einen relativ starken Arbeitnehmerflügel. In den kommenden Jahren wird die CD&V daher darauf achten, diesen mit der

Regierungspolitik nicht zu verprellen. Die CD&V wird mithin das „soziale Gewissen“ der neuen Regierung sein. Das ist auch eine Chance zur Profilierung. Die CD&V wird nun erstmals seit 2004 weder den flämischen Ministerpräsidenten noch den belgischen Premier stellen. Vor diesem Hintergrund war es essentiell für die Partei die Portfolios Beschäftigung und Wirtschaft zu erhalten. Das gibt der Partei, die Möglichkeit, sich in der kommenden Regierung personell und programmatisch abzuheben. Noch haben Regierungsbildung und Koalitionsverhandlungen der Partei nicht geschadet. In einer aktuellen Umfrage liegt sie bei 20% der Stimmen (Wahlergebnis: 18,5%), CD&V Spitzenpolitiker genießen unverändert hohe Beliebtheitswerte. Innerparteilich bemerkenswert ist der Aufstieg von Koen Geens: Innerhalb kürzester Zeit hat sich der Jurist, erst 2012 nach dem Rücktritt von Steven Vanackere zum Finanzminister aufgerückt, unverzichtbar gemacht. Seine Fachkompetenz wird auch über Parteigrenzen hinweg respektiert.

Der CDH hat durch seine voreilige Absage an eine Mitte-Rechts-Koalition und die frühzeitige Bindung an die Sozialisten die Chance verstreichen lassen, sich von der unter der früheren Vorsitzenden Joelle Milquet eingegangenen engen Bindung an die Sozialisten zu lösen: Der Partei droht nun auf Dauer das Image des ewigen Juniorpartners der PS anzuhaften. Die Entscheidung war eine herbe Enttäuschung für all diejenigen, die nach einigen Signalen von Parteiführer Benoît Lutgen auf eine Abkehr vom durch seine Vorgängerin eingeschlagenen Mitte-Links-Kurs gehofft hatten. Die Strategie Lutgens war innerparteilich nicht ganz unumstritten, wenngleich sich die Kritiker nicht öffentlich äußerten: Insbesondere der Widerstand gegen die Bemühungen der Schwesterpartei CD&V wurde nicht von der gesamten Parteiführung geteilt. Intern befürchteten einige Stimmen nun eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zum CD&V und vor allem den Verlust der Mitte-Rechts-Elektorats an den MR. Der Partei steht vor der kommenden Legislaturperiode vor einem Balanceakt: Einige der Vorhaben der neuen Regierung entsprechen CDH-Positionen: die Partei wird also, anders als

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

Oktober 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

die Sozialisten oder die Grünen, kaum Fundamentalopposition betreiben können, ohne unglaublich zu wirken. Gleichzeitig wird sich die Partei vielleicht auch personell neu aufstellen müssen: Mit dem jungen Melchior Wathelet könnte sich möglicherweise ein prägendes Gesicht der Partei vorerst aus der Politik verabschieden und in die Wirtschaft gehen. Einer der Gründe: Die nach wie vor starke Frau des CDH, Joelle Milquet, hatte das schwache Abschneiden der Partei in Brüssel öffentlich an Wathelet festgemacht. Wathelet steht für eine Mitte-Rechts-Orientierung der Partei. Eine wichtigere Rolle wird nun der 36jährige Maxime Prévot einnehmen. In den Umfragen hat sich der eingeschlagene Kurs bislang nicht ausgezahlt, die Partei lag zuletzt bei 12,5% (Wahlergebnis: 14%). Noch ist es aber zu früh, die Auswirkungen abschließend zu bewerten. Sollte die Regierungskoalition nur von kurzer Dauer sein, könnte sich der Kurs der Partei auszahlen. Andernfalls aber droht diese Strategie dem Kalkül des MR in die Karten zu spielen, sich dauerhaft als dominierende Kraft des Mitte-Rechts-Spektrums zu etablieren.

In der EVP hatte sich der CDH in den vergangenen Jahren verschiedentlich unbeliebt gemacht. Der Links-Ruck der Partei erfuhr durch den jetzigen Schritt eine Bestätigung. Das dürfte das in der EVP aufgekommene Misstrauen gegenüber der Partei nicht vermindern.

Ausblick & Kommentar

Die Bildung der „schwedischen Koalition“ ist in vielerlei Hinsicht ein Novum: Es gibt ein deutliches Übergewicht zugunsten der flämischen Parteien (im Parlament stützt sich die Regierung auf 20 frankophone, aber 65 niederländischsprachige Abgeordnete). Dennoch wird zum zweiten Mal in Folge ein Wallone Premierminister. Die N-VA, die in ihrem Grundsatzprogramm die Unabhängigkeit Flanderns fordert, beteiligt sich erstmals an einer föderalen Regierung. Ein Experte hat daher die neue Regierung zutreffend als politisches Versuchslabor beschrieben. Ihre Stabilität wird aus mehreren Gründen wohl auf eine harte Probe gestellt werden

1. Rückhalt in der (frankophonen) Bevölkerung

Während sich eine große Mehrheit der Wählerschaft der MR für ein solches Bündnis aussprach, liegt die Zustimmungquote in der Wallonie nur bei rund 30%. Im September wurde die Entscheidung des MR als einzige frankophone Partei in die Regierung zu ziehen, in einer Umfrage von 51% der Brüsseler und 53% der Wallonen abgelehnt und nur von je rund 30% begrüßt. Insbesondere die Sozialisten werden keine Gelegenheit auslassen, um die Regierungspolitik als Verrat an den Interessen der französischsprachigen Bevölkerung zu diffamieren – obwohl es in dieser Legislaturperiode keine weitere Staatsreform geben wird. Die Regierung wird zudem eine harte Reform- und Sparpolitik mit einigen sozialen Einschnitten betreiben. Die mächtigen Gewerkschaften haben Streiks und harten Widerstand gegen die Regierungspläne angekündigt. Es wird vor diesem Hintergrund nicht leicht, Gesprächskanäle zumindest mit den gemäßigten Gewerkschaften aufrechtzuerhalten. Dies ist jedoch unumgänglich, wenn das Land nicht durch eine Streikwelle paralysiert werden soll. Unumgänglich ist, angesichts der sehr angespannten Haushaltslage und der ökonomischen Katharsis, auch das o. g. Reformpaket. Ja, es ist im Grunde das Minimum dessen, was für eine erfolgreiche Entwicklung erforderlich ist.

2. Unsicherheitsfaktor N-VA:

Unklar ist, schließlich ob die N-VA tatsächlich ein Interesse daran hat, die Regierung fünf Jahre lang mitzutragen. Eines ist deutlich: Die föderale Ebene ist für die N-VA zweitrangig, wichtiger ist ihr die flämische Regierung. Auf der anderen Seite aber hat die N-VA durchaus Interesse am Nachweis ihrer Regierungsfähigkeit. Womöglich könnte die N-VA in jedem Fall als große Siegerin dastehen: Hält die Regierung, hat die Partei ihre Seriosität und ihre Regierungsfähigkeit nachgewiesen. Bricht die Regierung jedoch auseinander, wird die N-VA dies als Beleg für die Unregierbarkeit des Landes und die Notwendigkeit einer Herauslösung Flanderns deuten. Aus den Regierungsverhandlungen selbst ist die Partei weitgehend unbeschadet

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

Oktober 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

hervorgegangen; vorab hatte Parteiführer Bart de Wever (Foto) seinen Anhängern erfolgreich den vorläufigen Verzicht auf eine Staatsreform vermitteln können. Die N-VA beansprucht zudem den Ausschluss der in Flandern verhassten PS als ihren Verdienst. Obgleich er als Bürgermeister von Antwerpen selber kein Ministeramt ausüben wird, gehen einige Beobachter davon aus, dass de Wever über das Wohl und Wehe und damit auch die Lebensdauer der Koalition entscheiden wird. Für die N-VA ist diese Koalition, insbesondere aber die Regierungsführung in Flandern ein Sprungbrett dafür sich nachhaltig als große flämische Volkspartei zu etablieren und 2019 möglicherweise mit Forderungen einer umfassenden Staatsreform hin zu einem konföderalen Belgien in den Wahlkampf zu ziehen. Gleichwohl werden sich die N-VA-Minister in den wichtigen Ressorts auch beweisen müssen. Vereinzelt Politiker der N-VA, wie etwa der künftige Innenminister Jan Jambon oder Theo Francken, gelten zudem als „harte“ flämische Nationalisten. Mit Hinblick auf ihre Vergangenheit wird ihnen in Einzelfällen auch eine zu große Nähe zu Positionen der extremen Rechten vorgeworfen. Auch dies könnte die Regierung darüber hinaus aber auch die Popularität der N-VA selbst beeinträchtigen.

3. Beziehungen zwischen den Regierungsparteien:

Premierminister Michel wird nicht nur ein Auge auf die N-VA haben müssen: Zwei seiner Stellvertreter sind politische Schwergewichte. Dies sind zum einen sein innerparteilicher Konkurrent Didier Reynders sowie zum anderen der vormalige flämische Ministerpräsidenten Kris Peeters, der von vielen als die bessere Wahl für den Posten angesehen wurde. Zudem wird Michel zwischen Open Vld und CD&V vermitteln müssen. Die Open Vld wird auf eine orthodoxe liberale Wirtschaftspolitik pochen, die CD&V aber auf sozialen Ausgleich drängen. Letztlich würde ein solcher Zwist von CD&V und

Open Vld aber nur dem größten Konkurrenten beider Parteien nutzen: der N-VA.

4. Kooperatives Verhalten zwischen regionaler und föderaler Ebene

Die föderale Regierung wird eng mit den Gebietskörperschaften zusammenarbeiten müssen und somit auch mit der Mitte-Links-Regierung in der Wallonie. Dies kann sowohl die Umsetzung der Staatsreform als auch der Reformagenda beeinträchtigen.

Die Zukunftsaussichten einer „schwedischen Koalition“ sind mithin von vielen Unbekannten geprägt. Dies war allerdings auch schon bei der Vorgängerregierung di Rupo der Fall. Trotz aller Spannungen hatte diese aber bis zum Schluss durchgehalten. Bevölkerung und Experten sind hinsichtlich der Lebensdauer der Koalition gespalten; in einer Umfrage gingen 40 % der Belgier (25% der Wallonen, 50% der Flamen) davon aus, dass die Regierung eine komplette Legislaturperiode durchhalten könnte, 34% der Befragten (47% in der Wallonie, 25% in Flandern) waren hingegen pessimistisch.

Dennoch: Die neue belgische Regierung steht trotz allen Unwägbarkeiten vor der vielleicht einmaligen Chance, überfällige Reformen zu verwirklichen und Belgien wettbewerbsfähiger und zukunftsfähiger zu machen. Die Reformvorschläge werden nicht zu einem sozialen Kahlschlag führen, sondern bedeuten, etwa im Bereich der Rente lediglich eine Anpassung an europäische Standards.

Im Europäischen Rat dürfte sich der Ton ebenfalls ändern. Premierminister Elio di Rupo war im Windschatten von Francois Hollande Sprachrohr der Gewerkschaften und Befürworter einer Aufweichung des Konsolidierungskurses. Charles Michel dürfte hingegen Positionen der Bundesregierung und der EVP näher stehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

Oktober 2014

www.kas.de

www.eukas.eu

ANHANG I) Regierung Michel I

Minister

Name	Portfolio	Partei
Charles Michel	Ministerpräsident	MR
Kris Peeters*	Arbeit, Wirtschaft	CD&V
Jan Jambon*	Inneres	N-VA
Didier Reynders*	Auswärtiges, Europa	MR
Alexander De Croo*	Öffentliche Unternehmen, Entwicklungshilfe	Open Vld
Steven Vandeput	Verteidigung, Öffentlicher Dienst	N-VA
Johan van Overtveldt	Finanzen	N-VA
Koen Geens	Justiz	CD&V
Hervé Jamar	Haushalt	MR
Marie-Christine Marghem	Energie, Umwelt, nachhaltige Entwicklung	MR
Jacqueline Gallant	Mobilität	MR
Maggie De Block	Gesundheit, Soziales	Open Vld
Willy Borsus	Mittelanstand, Landwirtschaft und soziale Integration	MR
Daniel Bacquelaine	Rente	MR

*Vize-Premierminister

Staatssekretäre

Pieter De Crem	Außenhandel	CD&V
Theo Francken	Asyl & Zuwanderung	N-VA
Bart Tommelein	Sozialbetrug, Schutz der Privatsphäre, Nordsee	Open Vld
Elke Sleurs	Wissenschaft, Armutsbekämpfung, Betrugsbekämpfung	N-VA